



Per E-Mail

Staatspolitische Kommission des Nationalrates
3003 Bern

cornelia.perler@bj.admin.ch

Vernehmlassung zur Umsetzung der Parlamentarischen Initiative 19.415 Arslan. Den jungen Menschen eine Stimme geben. Aktives Stimm- und Wahlrecht für 16-Jährige als erster Schritt ins aktive politische Leben

Sehr geehrter Herr Kommissionspräsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir bedanken uns für die Möglichkeit zur Stellungnahme, die wir gerne wahrnehmen:

1 Grundsätzliche Bemerkungen

Die SP Schweiz unterstützt die vorliegende Vorlage nachdrücklich und vollumfänglich: Für eine möglichst breite Legitimation der politischen Entscheide unseres Landes ist es unserer Ansicht nach zwingend, dass möglichst viele Einwohner:innen der Schweiz an politischen Entscheidungen teilhaben können.¹ Eine Ausweitung der Stimmberechtigung ist nach den längst überfälligen Einführung des aktiven und passiven Stimm- und Wahlrechts auf eidgenössischer Ebene für Frauen vor rund 50 Jahren² nun für Jugendliche und auch für in der Schweiz wohnhafte Ausländer:innen³ notwendig. Da die Jugendlichen länger von den Auswirkungen der zukünftig getroffenen politischen Entscheidungen betroffen sind als der Rest der Stimmbevölkerung ist die Ermöglichung der Mitbestimmung dieser Altersgruppe mit der Senkung des passiven Stimm- und Wahlrechts von 18 auf 16 Jahre beim Bund umso mehr notwendig.⁴ Zudem würde die Stimm- und Wahlberechtigung bereits für 16-Jährige der politischen Bildung in der Schweiz einen dringend notwendigen

¹ Legislaturziele SP-Bundeshausfraktion 2019-2023, Februar 2019, S. 49.

² Vgl. Erläuternder Bericht, S. 5.

³ Vgl. Parlamentarische Initiative 21.414 Mustafa Atici Stimmrecht für alle in kommunalen Angelegenheiten nach fünf Jahren Wohnsitz in der Schweiz.

⁴ Vgl. Erläuternder Bericht, S. 5.

Schub verleihen.⁵ Eine solche Senkung würde die stimmberechtigte Wohnbevölkerung um bloss rund 2.4% erhöhen.⁶ Die konkreten Auswirkungen auf Wahl- und Abstimmungsergebnisse dürften dadurch minimal bis inexistent sein, die demokratiepolitische Wirkung hingegen enorm. Auch die Beschränkung auf das passive Wahl- und Stimmrecht für eidgenössische Abstimmungen und Nationalratswahlen zeigt, dass es sich hier um eine sehr moderate Vorlage handelt. Vor diesem Hintergrund überzeugt auch die Kritik am Auseinanderfallen von zivilrechtlicher Mündigkeit und passiver Stimm- und Wahlberechtigung⁷ nicht zu überzeugen. Ebenfalls nicht überzeugend ist es unserer Ansicht nach, diese Vorlage mit Verweis auf die teilweisen negativen Volksentscheide in dieser Sache in gewissen Kantonen ablehnen zu wollen.⁸ Denn bis heute hatte eine Mehrheit der Schweizer Stimmbevölkerung noch keine Gelegenheit, sich zu dieser Frage zu äussern.

Konkret erachten wir die von der Kommission vorgeschlagenen Änderungen der Artikeln 136 Abs. 1 und Art. 143 der Bundesverfassung⁹ als korrekte und taugliche Umsetzung dieser Parlamentarischen Initiative.

Wir bitten Sie um Kenntnisnahme unserer Stellungnahme.

Mit freundlichen Grüssen

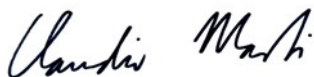
SOZIALDEMOKRATISCHE PARTEI DER SCHWEIZ



Mattea Meyer
Co-Präsidentin



Cédric Wermuth
Co-Präsident



Claudio Marti
Politischer Fachsekretär

⁵ Vgl. Parlamentarische Initiative 21.429 Nadine Masshardt Politische Bildung ist im öffentlichen Interesse, März 2021, siehe auch Medienmitteilung der SP Schweiz «Es braucht mehr politische Bildung und Stimmrechtsalter 16», November 2021.

⁶ Vgl. Erläuternder Bericht, S. 8f.

⁷ Siehe Erläuternder Bericht, S. 5.

⁸ Vgl. Erläuternder Bericht, S. 5.

⁹ Vgl. Erläuternder Bericht, S. 7f.